„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Eine ernste Frage.

Aus Saskatoon erhielten wir eine Mitteilung, die geradezu erschütternd auf jeden Menschen wirken muß, in dessen Herzen noch ein Funke von Mitleid und Erbarmen vorhanden ist. Polizeirichter Brown in Saskatoon erklärte nämlich, daß er gezwungen gewesen sei, einige Einwanderer aus Mitteleuropa, die wegen „Herumstreunens" angeklagt worden seien, zu 30 Tagen Gefängnis in Prince Albert zu verurteilen, um ihnen dort ein warmes Bett und genügendes Essen zu verschaffen und sie vor Hunger und Kälte zu schützen. Die Leute hätten Dienstag Nacht im städtischen Elektrizitätswerk Unterschlupf gesucht, nachdem sie sich vergeblich um Arbeit umgesehen hätten. Die Verurteilten sträubten sich gegen die Einlieferung ins Gefängnis; aber was blieb ihnen schließlich übrig, zumal der Polizeichef von Saskatoon darlegte, daß das städtische Wohltätigkeitsamt keine unverheirateten Leute unterstütze und daß das Arbeitsamt der Regierung keine Beschäftigung für die Leute besorgen könne?

Alle Courierleser werden gewiß mit uns darin übereinstimmen, daß es sich hier um eine sehr ernste Frage handelt. Der Ernst der Situation beruht zunächst darin, daß Leute, die vielleicht früher unbescholten waren und es heute noch sind, die noch nicht einmal mit dem Rockärmel das Gefängnis gestreift haben, nur wegen ihrer Verelendung und zum Schutze gegen weitere bittere Not zu 30 Tagen in Prince Albert verurteilt werden. Gefängnisse sind fürwahr nicht die geeigneten Oertlichkeiten zur Unterbringung und Versorgung verarmter Einwanderer, wenn wir auch gerne zugeben, daß der obenerwähnte Polizeirichter wohl nur aus menschenfreundlichen Absichten gehandelt hat, um die Leute vor dem Schlimmsten zu schützen. Doch wie tief verletzend und wie entwürdigend muß es auf einen unschuldigen Menschen einwirken, der nichts anderes verbrochen hat, als daß er aus Mangel an Geldmitteln irgendwo Unterschlupf sucht! Es ist und bleibt eben doch immer eine Brandmarkung, wenn einer auch nur kurze Zeit in einem Gefängnis, das zur Verbüßung von Vergehen und Verbrechen bestimmt ist, zubringen muß. Dagegen helfen alle anderen Argumente nicht.

Doch wo die Schuldigen für so unwürdige Zustände suchen? Das eben am Ende gehende Jahr war für die Einwanderung nach Canada das denkbar ungünstigste. Einmal konnte infolge der langen Dauer des letzten Winters und des unpassenden Frühjahrswetters mit der Einsaat erst spät begonnen werden. Die späte Ernte mit den Regengüssen des Herbstes und dem viel zu frühen Einwintern erschwerte die Lage in vielen Farmdistrikten noch mehr. Diese widrigen Naturverhältnisse, an denen natürlich keine Schiffs- und keine Eisenbahngesellschaft und auch keine Regierung die Schuld trägt, übten den denkbar ungünstigsten Einfluß auf das Schicksal vieler Einwanderer aus. Es muß aber auch wahrheitsgemäß festgestellt werden, daß es manche Immigranten gibt, die zu hohe Forderungen an ihre Arbeitgeber stellen, sich mit dem Lohn und den allgemeinen Farmbedingungen nicht zufrieden geben wollen, ja sogar mitunter ihren Arbeitgebern davonlaufen in dem falschen Wahn, sie könnten in einer Stadt leichtere und besser bezahlte Arbeitsmöglichkeit finden.

„Der Courier" hat schon mehr als einmal betont, daß es nicht genügt, Einwanderer ins Land zu bringen, daß vielmehr noch wichtiger die Fürsorge für die Immigranten ist. Regierungen, Eisenbahn- und Schiffsgesellschaften, gemeinnützige Organisationen und Privatpersonen, denen das Ansehen Canadas und das Wohl der Einwanderer am Herzen liegt, müssen Hand in Hand wirken, um ähnliche Mißstände, wie sie aus Saskatoon gemeldet werden, ein für allemal zu verhüten. Das sind wir dem guten Rufe Canadas und auch dem Immigranten schuldig, der mit gutem Arbeitswillen und den nötigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten an unseren Gestaden landet.

Besonders möchten wir unsere deutschsprechenden Freunde herzlich ersuchen, doch alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die deutschsprechenden Einwanderer im harten canadischen Winter vor der bittersten Not zu bewahren. Mancher kann hier wohl ohne große Opfer ein gutes Werk vollbringen, das gewiß nicht unbelohnt bleibt. Weihnachten, das Fest der christlichen Liebe, steht vor der Türe. Mancher Immigrant wird da traurigen Herzens schöner Stunden gedenken, die er einst in der teuren Heimat im Kreise lieber und edler Menschen verlebt hat. Soll ihm der Gedanke an sein Schicksal in Canada, das sein zweites Vaterland werden soll, etwa nur Verbitterung und vielleicht sogar Abneigung einflößen? Mildherzige Menschen streuen in kalten Wintertagen sogar hungernden Vögeln Futter hin. Um wie viel mehr sollten wir in Liebe und Güte uns um jene annehmen, die als deutschsprechende Brüder uns besonders nahestehen müssen!

Weißer Sklavenhandel.

Der in Genf veröffentlichte zweite Teil eines Berichtes über den „weißen Sklavenhandel" hat vielseitige scharfe Verurteilung wachgerufen. Der Bericht stammt vom „Weißen Sklaverei"-Ausschuß des Völkerbundes und ist das Ergebnis von Feststellungen durch Vertreter des „Amerikanischen Büros für Sozialhygiene" in New York, das auch die Kosten der Untersuchung bestritt. Er schildert, wie Mädchen einer Reihe von Ländern von sogenannten Theateragenten unter der Vorspiegelung von Anstellungen in Theatern und Kabarets verlockt, nach dem Auslande gingen und dort einem Lasterleben überliefert wurden. Man hatte mit der Veröffentlichung zurückgehalten, um Ländern, die dies wünschten, Gelegenheit zur allenfallsigen Widerlegung der angeführten Erhebungen zu geben, die durchweg ein recht trauriges Bild zeigen. Die Untersuchung erstreckte sich sowohl auf Europa wie beide Amerikas.

Den schärfsten Einspruch erhob der französische Außenminister Briand gegen die Veröffentlichung von, wie er erklärte, vertraulichen Auskünften, welche nicht kontrolliert werden können und „von denen die meisten anscheinend von nicht autorisierten Agenten und nicht von Mitgliedern des Weißen Sklaverei-Ausschusses selbst entgegengenommen wurden. „Der Bericht," erklärte Briand, „spiegelt ein allgemeines Bild vor, das nicht im geringsten der Wahrheit entspricht." (Frankreich gehört nämlich zu jenen Ländern, die wie Mexiko, Brasilien, Argentinien usw. am stärksten mit der Schande der „weißen Sklaverei" belastet sind.)

Der Antimilitarismus der Schweiz.

Die Schweizer Presse protestiert gegen den in der Londoner „Times" veröffentlichten Bericht eines Korrespondenten, in welchem erklärt wird, daß die antimilitaristische Arbeit in der Schweiz außerordentlich stark sei. Der Bericht spricht von organisiertem Widerstand gegen die Verfügungen der Regierung, von planmäßiger Aufreizung zur Verweigerung des Militärdienstes, von dem Umlauf geheimer Rundschreiben antimilitaristischer Vereinigungen und erklärt, alles das habe den Zweck, in der Schweiz Unruhen hervorzurufen. Die „Times" fügt hinzu, man müsse hoffen, daß die schweizerische Regierung keine Zeit verlieren würde, die nötigen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Die Schweizer Zeitungen schreiben, daß die antimilitaristische Propaganda in der Schweiz immer einen guten Nährboden hatte, sei bekannt, ebenso bekannt sei aber die Ursache, die darin liege, daß die Schweiz immer in besonderem Maße Zufluchtsort revolutionärer, antimilitaristisch gesinnter Elemente war, die ihre Werbearbeit auch auf die militärischen Einrichtungen des Gastlandes übertragen. Es wird dann erklärt:

„Gefährlicher aber als die Agitation fremder und einheimischer Kommunisten und Sozialisten ist die antimilitaristische Bewegung, die in bürgerlich-pazifistischen Kreisen betrieben wird. Verschieden in ihren Beweggründen, sind die Bewegungen in ihrer Wirkung durchaus gleichartig: sie unterhöhlen das Vertrauen des Volks in die eigene Kraft zur Landesverteidigung, sie stellen die Armee als ein nutzloses, unerwünschtes, angesichts der heutigen Kriegstechnik ungeeignetes Werkzeug dar, und sie richten sich derart gegen die Arbeit in der Armee sowohl wie gegen die verantwortliche Landespolitik, die auf der Erkenntnis aufgebaut ist, daß die Schweiz eine geordnete, disziplinierte Armee zur Verteidigung heute so notwendig hat wie je. Da die bürgerlichen Pazifisten daran glauben, daß der Völkerbund wirklich die Abrüstung der großen Militärstaaten herbeiführen wird, da sie überzeugt sind, daß der Völkerbund die Kleinen vor dem Zugriff der Großen schützen werde, muß ihnen das Vorhandensein der schweizerischen Armee, für die der Bund im Jahr gegen 90 Millionen Franken ausgibt, unnütz erscheinen. Diesen Schwärmern die harten Tatsachen vor Augen zu halten, daß der Völkerbund bei allen Versuchen, eine wirkliche Abrüstung zu betreiben, kläglich versagt hat, daß heute die Brandherde in Europa und in der Welt zahlreicher sind denn je, und daß, nachdem der „deutsche Militarismus" vernichtet worden ist, die Welt mehr denn je in Waffen starrt, ist nutzlos.

„Aber diese Feststellung wäre falsch, wenn ihr nicht entgegengehalten würde, daß jene andern Kräfte, denen eine militärisch wehrhafte Schweiz als unumgängliche Voraussetzung sowohl für die europäische Politik wie für die nationale Selbständigkeit der Schweiz gilt, sehr lebendig sind und in sich durchaus die Gewißheit tragen, daß sie dieser antimilitaristischen Bewegung Herr zu werden vermögen.

„Bundespräsident Motta, der gewiß fest zur Völkerbundpolitik steht, hat gar keine Neigung für die Nutzanwendung, die blinde Völkerbundschwärmer aus der Genfer Institution gegen die schweizerische Armee ziehen, und der Leiter des schweizerischen Militärwesens, Bundesrat Scheurer, ein nüchterner, klarer Kopf, hat mehr als einmal mit erfreulicher Deutlichkeit dargelegt, daß auch die Achtung vor dem Völkerbund die Sorge für eine wohlgeordnete schweizerische Armee nicht beeinflussen dürfe. Wenn daher wirklich — woran wir sehr zweifeln — durch antimilitaristische Vereinigungen in der Schweiz Unruhen hervorgerufen würden, so brächte ihr Verlauf und Ende lediglich den Beweis dafür, wie wenig dieser kommunistisch-sozialistisch-pazifistisch gefärbte Antimilitarismus in einem Volk verwurzelt ist, das seit Jahrhunderten mit dem Begriff der Demokratie auch die Wehrhaftigkeit verbindet."

Weltumschau

Deutsche Innenpolitik. Der deutsche Reichstag hat den von den Sozialisten, Kommunisten und Demokraten gestellten Antrag, der Regierung des Reichskanzlers Dr. Marx das Mißtrauen auszusprechen, mit 229 gegen 192 Stimmen abgelehnt. Ueber die parlamentarische Lage in Deutschland äußerte sich ein der Regierung nahestehender Parlamentarier Berichterstattern gegenüber folgendermaßen: „Die Krisengerüchte, die während der letzten Wochen im Umlauf waren, haben die positive Grundlage, daß wohl alle Parteien darüber einig sind, dem Reichstag seine Legislaturperiode, deren Abschluß in den November des nächsten Jahres fallen würde, nicht beendigen zu lassen. Alle Parteien betrachten auch die Monate November und Dezember als eine ungünstige Zeit für die Wahlen. Ob aber die Auflösung des Reichstages so bald erfolgen wird, wie man in den letzten Wochen mehrfach angekündigt hat, und ob wir auch in diesem Jahre wieder die übliche Weihnachtskrise erleben werden, ist inzwischen sehr fraglich geworden.

„Im allgemeinen ist man im Reichstag der Ansicht, daß die Reichstagsauflösung am besten im Frühjahr stattfinden würde, so daß etwa der Juni, der ein für die Wahlen besonders günstiger Monat ist, gewählt werden könnte. Natürlich muß im parlamentarischen Leben immer mit unvorhergesehenen Zwischenfällen gerechnet werden. Wenn solche Zwischenfälle nicht eintreten, so nehme ich an, daß zunächst die Regierung von einer Krise verschont bleibt.

„Der Reichstag wird das Beamtenbesoldungsgesetz und das Gesetz über die Kriegsentschädigungen erledigen. Ob auch das Schulgesetz seine Erledigung finden wird, hängt vor allem von der Haltung ab, welche die Deutsche Volkspartei einnehmen wird. Jedenfalls wird eifrig daran gearbeitet, ein Kompromiß in der Schulfrage zwischen der Deutschen Volkspartei und den übrigen Parteien der Regierungskoalition zustande zu bringen. Eine Verständigung insbesondere zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum in der Schulfrage scheint durchaus möglich. Auch die Opposition, insbesondere die Sozialdemokratie, hat ein großes Interesse daran, daß die Schulvorlage erledigt wird, weil wenn sie unerledigt bleibt, die Sozialdemokraten, falls sie nach den Wahlen zur Regierung kämen, selbst die Frage lösen müßten, da das Zentrum unter allen Umständen auf der Erledigung dieser Angelegenheit bestehen wird.

„Es scheint auch kaum denkbar, daß der Reichstag auseinandergeht, ohne das Budget für 1928 zu verabschieden. Es würde im Ausland einen höchst ungünstigen Eindruck machen, wenn das Budget, in dem zum ersten Male die Raten aus dem Dawes-Plan in ihrer vollen Höhe eingestellt sind, vom Reichstag unerledigt gelassen würde.

„Dem Reichsfinanzminister ist es gelungen, das Gleichgewicht in dem Budget zu erzielen, und zwar ohne jede Aufnahme einer Anleihe. Das Gleichgewicht wurde dadurch herbeigeführt, daß in allen Aemtern der Reichsverwaltung große Abstriche von den Ausgaben gemacht worden sind, so unter anderm auch von dem Heeresbudget. Die Finanzlage des Reiches stellt sich zur Zeit als eine günstige dar, nicht nur weil das Budget für 1928 ohne Defizit abschließt, sondern weil sich aus dem Staatshaushalt von 1927 recht erhebliche Ueberschüsse ergeben haben, die eine Folge der günstigen Wirtschaftslage sind und die der Reichsfinanzminister vor allem dazu verwenden wird, um die Kosten für die Erhöhung der Beamtengehälter zu decken.

„Endlich darf noch gesagt werden, daß der Reichsfinanzminister mit dem Reparationsagenten in ständigen Verhandlungen steht und daß diese Verhandlungen in der freundlichsten Form geführt werden. Es kann also gegenwärtig nicht mehr die Rede davon sein, daß die Stellung des Reichsfinanzministers erschüttert ist, am wenigsten infolge eines Konflikts mit dem Reparationsagenten, der in Wirklichkeit niemals bestanden hat."

Lohnkampf der deutschen Schwerindustrie. Sollte es der Regierung nicht gelingen, den seit sechs Monaten andauernden Lohnkampf zwischen den Gewerkschaften und dem Reichsverband der Stahl- und Eisenindustrie zu schlichten, so wird letzterer am 1. Januar die Schließung aller Stahl- und Eisenwerke anordnen. Eine diesbezügliche Mitteilung ist von der Exekutive des Verbandes dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zugegangen, nachdem es dem Verband unmöglich war, eine annehmbare Lösung der Streitfrage mit den Gewerkschaften zu finden. Wenn die Industriellen ihre Drohung wahrmachen sollten, würde dies die Aussperrung von nahezu 300,000 Arbeitern bedeuten.

Einer der größten Stahlfabrikanten in Düsseldorf schätzt, daß die Lohnforderungen der Gewerkschaft die jetzigen Lohnzahlungen in seinem Werk um rund 48 Prozent oder ungefähr 109 Millionen Reichsmark jährlich erhöhen würden. Er sagt, eine solche Steigerung der Produktionskosten könnte sein Werk nicht aushalten. Andere Industrielle erklären, daß durch Bewilligung der Lohnforderungen Deutschland nicht mehr imstande wäre, auf den Eisen- und Stahlmärkten der Welt zu konkurrieren.

Die Gewerkschaftsbeamten hingegen behaupten, die Industriellen hätten seit langem die Einführung moderner Produktionskosten und des Achtstundentages versprochen, ohne bisher ihr Versprechen zu halten. Sie sagen, die Drohung, den Betrieb einzustellen, richte sich nicht nur gegen die Arbeiter, sondern gegen das ganze deutsche Volk, da die Eisen- und Stahlfabrikation die Hauptindustrie Deutschlands sei.

Deutsches Flugwesen in Europa voran. Den letzten europäischen Statistiken über die Zahl der Flüge und der Passagiere für eine bestimmte Zeit ist zu entnehmen, daß Frankreich in dieser Hinsicht gegen Deutschland zurückbleibt, aber in kommerzieller Ausnutzung des Flugwesens die Führung über England hat. Deutsche Handelsflugzeuge legten im letzten Jahre über 4,000,000 Meilen zurück im Vergleich zu etwas über 3,000,000 für Frankreich und 2,000,000 Meilen für britische Flieger. Deutschlands Flugzeuge beförderten 50,000 Passagiere mehr als Frankreich und England zusammen.

Auf der populären kurzen Strecke zwischen Paris und London, von beiden Nationen bevorzugt, haben die Briten die Majorität. Sie machten 52 Prozent der Flüge über den Kanal und beförderten 62 Prozent der Passagiere.

Deutsche Radioindustrie. „Radio World" schätzt den Weltumsatz an Erzeugnissen der Radio-Industrie für das letzte Jahr auf 30 Millionen Dollar. Den ersten Platz nehmen die Vereinigten Staaten mit 29.4 Prozent ein, während Deutschland mit 25.6 Prozent an zweiter Stelle steht. Nach Deutschland folgen England mit 20.5 Prozent und Frankreich mit 13.7 Prozent. Im letzten Jahr ist die amerikanische Ausfuhr von Produkten der Radioindustrie gegenüber dem vorhergehenden Jahr um 12 Prozent zurückgegangen, stieg aber in der ersten Hälfte dieses Jahres um $450,000. Besonders stark zugenommen hat die Ausfuhr von Empfängern (um 27 Prozent) und von Röhren (um 25 Prozent).

Deutsch-polnische Aussprache. Große Genugtuung rief die Ankündigung der polnischen Delegation in Genf hervor, daß der deutsche Außenminister Stresemann und der polnische Außenminister Zaleski eine Aussprache über die deutsch-polnischen Beziehungen hatten und so die Verhandlungen über einen Handels- und Abschlußvertrag zwischen beiden Ländern bedeutend gefördert hätten. Des weiteren belagt die offizielle Ankündigung, daß die beiden Außenminister eine Vereinbarung über die Haltung getroffen hätten, die sie zu allen Punkten der Agende des Völkerbundrates einnehmen wollen, und sich einigten, unter der Aegide des Völkerbundes friedliche und normale Beziehungen im östlichen Europa zu erhalten.

Erster weiblicher Senatspräsident. Der erste weibliche Präsident eines Senates in der Welt wurde in Wien in sein Amt eingeführt. Frau Olga Rudel-Zeynek nahm ihren Sitz als Präsident des Oberhauses des österreichischen Parlamentes ein. Diese Auszeichnung wird hier als besonders bemerkenswert betrachtet, da den Frauen Oesterreichs erst seit zehn Jahren politische Rechte eingeräumt sind.

Ungarn und die Habsburger. Agitation zugunsten der Rückkehr der Habsburger auf den ungarischen Thron ist gesetzlich zulässig, erklärte Premier Graf Bethlen auf eine Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhause. Agitation für eine Republik ist aber verboten, fügte er bei. Während die Regierung Agitation zugunsten der Modifizierung des bestehenden Gesetzes, welches die Habsburger ausschließt, gestattet, hat sie die Befürwortung von Gewalt oder eines Staatsstreiches im Interesse deren Rückkehr verboten, bemerkte Graf Bethlen und warnte, daß, wer immer versuchen wollte, die Konstitution mit Gewalt zu stürzen, sich dem ganzen Machtaufgebot des Staates gegenüber sehen würde.

Der Ministerpräsident wurde von einem sozialistischen Abgeordneten unterbrochen, der fragte, weshalb republikanische Agitation nicht gestattet sei. Graf Bethlen erwiderte, daß Ungarn kraft des Gesetzes ein Königreich sei und daß deshalb Bürger wohl zugunsten einer Modifizierung des Gesetzes, aber nicht zugunsten einer Republik agitieren können.

Ungarn und Rumänien. Ungarn hat beim Völkerbundsrat in Genf einen Vergleichsvorschlag zur Beilegung der Streitfrage mit Rumänien über das Eigentum von Ungarn in der Provinz Siebenbürgen, welche von Rumänien annektiert wurde, unterbreitet. Graf Bethlen, der ungarische Premier, hatte völlige Entschädigung für alles beschlagnahmte Land gefordert. Er hat nun den Entschädigungsanspruch für Ackerbauland aufgegeben und besteht nur auf völliger Schadloshaltung für Wälder, Weingärten und Gebäude. Der Völkerbundsrat entschied, die Erörterung dieser Streitfrage bis zur Märztagung zu vertagen und setzte hiervon den rumänischen Außenminister in Kenntnis, der daraufhin nicht, wie ursprünglich geplant, jetzt nach Genf kommen wird.

Ferdinand für Carol. Die Pariser Zeitung „Le Journal" veröffentlicht den Inhalt eines angeblich von dem verstorbenen König Ferdinand kurz vor dessen Ableben geschriebenen Briefes, in welchem er den seither ebenfalls verschiedenen Ministerpräsidenten Jon Bratianu ersuchte, dahin zu wirken, daß der frühere Kronprinz Carol den Thron besteige, auf den dieser Verzicht geleistet hat. Der Brief ist „Sinaia, im Juli" datiert. Ferdinand starb im königlichen Schloß von Sinaia. In dem Brief ist die Rede davon, daß der König einsehe, daß sein Ende nahe sei, und weiterhin heißt es:

„Meine Seele ist mit Beunruhigung erfüllt bei dem Gedanken, daß die gesetzlich eingerichtete neue Regierung meinen lieben Sohn Carol, der für den Beruf eines Herrschers erzogen und ausgebildet wurde, von seiner Erbschaft des Thrones ausschließt. Ich fühle nach anderthalbjähriger reiflicher Ueberlegung, daß die getroffene Entscheidung die Ruhe und den Fortschritt meines sehr geliebten Landes nicht fördern kann. Ich hoffe, Ihre Weisheit als Berater des Thrones wird Sie dazu veranlassen, zur alten Ordnung zurückzukehren, die allein imstande ist, die Entwicklung und Einigkeit des Landes zu sichern. Ich schreibe meinen letzten Willen mit Vertrauen in Ihre Liebe für die Nation und das Land, und flehe zu Gott, mein Volk und meinen Sohn Carol, dem ich eine glorreiche und fruchtbare Regierung wünsche, zu segnen."

Briand und Rußland. Präsident Coolidge hat der republikanischen Partei und den Ver. Staaten formell mitgeteilt, daß er sich aus der Präsidentschaftskampagne des nächsten Jahres als „ausgeschaltet" betrachte. Er fügte hinzu, er sei sicher, daß man „seine Entscheidung" respektieren werde, und er riet der Partei, sich ernstlich der Aufgabe zu widmen, einen anderen Kandidaten auszuwählen.

Diese Ankündigung wurde vom Präsidenten in einer Ansprache an die Mitglieder des republikanischen Nationalkomitees gemacht, die, seiner Einladung folgend, im Weißen Hause zu Washington vorsprachen. Die Erklärung bildete eine große Ueberraschung für die Komiteemitglieder, die nach gemachten Andeutungen bloß eine Aussprache des Präsidenten über verschiedene politische Tagesfragen allgemeiner Natur erwartet hatten.

Keine englisch-russische Verständigung. Es war nicht möglich, irgendeine Grundlage für ein Uebereinkommen zu finden, besagt eine offizielle Ankündigung, welche die britische Delegation nach einer Konferenz veröffentlichte, die zwischen Austen Chamberlain und Maxim Litwinow zur Erörterung der englisch-russischen Beziehungen in Genf stattfand. Die britische Ankündigung, zu welcher Litwinow, der Sowjet-Vizekommissär für auswärtige Angelegenheiten, seine Zustimmung gegeben hatte, lautete:

„Da Herr Litwinow Lord Austen Chamberlain um eine Unterredung ersucht hatte, fand eine solche zwischen beiden im Hotel Beauriage statt. Die Begegnung gab Gelegenheit zu einem offenen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der Union der Sowjetrepubliken mit der britischen Regierung. Doch stellte es sich heraus, daß es unmöglich war, irgendeine Grundlage für eine Verständigung während der Aussprache zu finden."

Die russische Delegation mit Ausnahme von Litwinow und dessen Gattin ist nach Berlin abgefahren. Sie wurde von einem Vertreter des Völkerbundes und mehreren Delegationen nach dem Bahnhofe geleitet und reiste in bester Stimmung ab.

Die Weigerung der Sowjet-Regierung, die Verantwortung für kommunistische Propaganda in England zu übernehmen, war die Hauptursache des Fehlschlages, den britisch-russischen Streit beizulegen. Doch herrscht in weisen Kreisen die Ansicht, daß der Fehlschlag nicht als Ende der Verhandlungen zu betrachten sei, und weitere Bemühungen zur Erzielung eines Uebereinkommens werden erwartet.

Drahtlose Telegraphie und Völkerbund. Der Verwaltungsrat der schweizerischen Marconi-Gesellschaft hat mit Rücksicht auf die wachsenden Verkehrsbedürfnisse des Völkerbundes beschlossen, eine neue starke drahtlose Telegraphie-Sendestation mit einer Anodenleistung von 50 Kilowatt in Genf zu errichten, die infolge ihrer Reichweite von normal beinahe 2000 Meilen befähigt sein wird, den Sitz des Völkerbundes jederzeit mit jedem beliebigen Punkt Europas oder auch Vorderasiens und Nordafrikas zu verbinden. Gleichzeitig werden die bestehenden Sendestationen in der Schweiz verstärkt, so daß dem Völkerbund und der schweizerischen Handelswelt vom kommenden Sommer an vier leistungsfähige, dem modernsten Stand der Technik entsprechende Telegraphiesender zur Verfügung stehen werden. Die Schweizer Empfangsanlage wird mit vier weiteren Schnellempfängern ausgestattet, und es wird ihr hierdurch möglich sein, die Funkmeldungen von zwölf ausländischen Sendestationen gleichzeitig aufzunehmen.

Hand in Hand mit dem Ausbau der Sende- und Empfangsanlagen wird in Genf von der Gesellschaft ein eigenes ständiges Betriebsamt eingerichtet, von dem die Nachrichten aus Genf direkt radiotelegraphisch gesendet werden. Der Direktion ist für die Ausführung dieser Arbeiten ein Kredit von rund $125,000 zur Verfügung gestellt worden. Die Gesamtaufwendungen der Gesellschaft für die drahtlosen Anlagen übersteigen $350,000.

Coolidge dankt ab. Der französische Außenminister Briand machte einen weiteren Versuch der Schaffung eines vereinigten kontinentalen Europas. Seine ganze Beredsamkeit und Staatskunst bot er auf, um Rußland zu bewegen, im Konzert der europäischen Völker zu verbleiben. Der Franzose empfing sowohl Maxim Litwinow wie auch Lunartscharsky von der russischen Delegation und gratulierte, mit dem französischen Sozialisten Paul Boncour an der Seite, den russischen Unterhändlern zu ihrer Teilnahme an der Abrüstungsfrage, daran die Hoffnung knüpfend, daß sie auch fernerhin an der Lösung internationaler Fragen mitarbeiten würden. Auch der von Paul Boncour entwickelte Plan eines kontinentalen Sicherheitspakts, unter Einschluß Rußlands, wurde Litwinow von Briand vorgetragen und darauf hingewiesen, daß eine solche Verständigung wesentlich zum Erfolg der proponierten Abrüstungs-Konferenz beitragen würde. Wie verlautet, wurde von den Russen angedeutet, daß sie soweit dieses möglich sein sollte, auch fernerhin gerne an der Lösung internationaler Fragen mitarbeiten würden.

The Empire Life
Insurance Company
(Haupt-Büro: Toronto, Ont.)
Freut sich bekanntmachen zu können,
die Ernennung von
Herrn PETER L. HYDE
als
Distrikt-Manager
für
Süd-Saskatchewan
mit Hauptquartier in
70 Western Trust Bldg.
(Phone 5852)
Regina, Sask.
Liberale allgemeine Agentur-Kontrakte werden gemacht mit einer beschränkten Anzahl von tüchtigen Männern an zentralen Orten der südlichen Hälfte der Provinz. Schreiben Sie sofort an das Büro in Regina, wenn interessiert.

Schultrustees!
Lehrer, Irländer, mit erstklassigen professionellen, permanenten Zeugnissen, für Alberta und Saskatchewan, wünscht eine Schule in Saskatchewan frühzeitig im Januar zu übernehmen, mit etwa 30 bis 60 Schüler. Neunzig Prozent meiner Schüler aus Grad 8 sind erfolgreich. Kann Grad 9 unterrichten. Habe 15jährige Erfahrung, meistens in deutschen Distrikten.
Die Gehaltsfrage kommt an zweiter Stelle, aber ich glaube, daß ich zu wenigstens $1200 berechtigt bin.
Inspektorenbericht und Referenzen auf Verlangen. Telegraphieren Sie Antwort an. Lehrer care of Agar & Wilkenson, Vanguard, Sask.

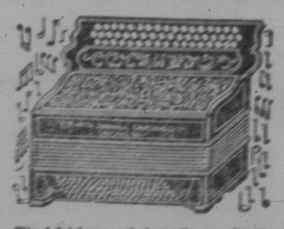
Alleinstehende deutsche Witwe, 50 Jahre alt, sucht Stellung auf Farm als Haushälterin bei älterem Witwer oder Junggesellen. Anfragen zu richten an Mr. E. T., care of Mrs. F. G. Jones, Ogden, Calgary, Alta.

Auf sofort ein kleineres Wohnhaus gesucht. Offerten mit Preisangabe an Box 75, Courier, Regina.

Farm zu verkaufen. Anzufragen bei H. Bockeroth, Walsh, Alberta.

Ein Junger Farmer sucht mit einem jungen Mädchen von 18 bis 25 Jahren in Bekanntschaft zu treten zwecks baldiger Heirat. Bild wird im ersten Brief erbeten an Courier, Box 74, 1835 Halifax Str., Regina, Sask.

Gesucht — eine christliche Haushälterin für 3 Zimmer Rooming-Haus. Habe eine Sektion Land auf Ernteabzahlung zu verkaufen. Ohne Zinsen. Mit allen Maschinerien. Peter E. Bergen, Box 454, Shaunavon, Sask.

Italienische Handorgeln

Wir fabrizieren und importieren erstklassige, handverfertigte Italienische Handorgeln aller Art. Die besten der Welt. Zehn Jahre Garantie. Unsere Preise sind niedriger als die Preise aller anderen Fabriken.
Erste Akkordeonschule an Kinder.
Schreibt um freien Katalog.
RUATTA SERENELLI & CO.
1014 Blue Island Ave., Dept. 96, Chicago, Ill.